

Berner Pösteler fordern Gleichstellung mit Genf und Zürich.

„Die Luft ist draussen“

Die Bundesbediensteten von Genf und Zürich erhalten seit Mitte 1988 eine Sonderzulage von 2000 Franken im Jahr. Bern ging leer aus. Das will die Platzunion Bern mit ihren 12'000 Mitgliedern nicht länger hinnehmen. Gestern überreichten Vertreter der Platzunion der Bundeskanzlei ihre Petition mit knapp 6000 Unterschriften.

An den Bundesrat stellt die Platzunion Bern folgende Begehren:

- Ausrichtung einer Sonderzulage wie in Genf und Zürich
- Ausrichtung der sog. Zentren-Zulage an Personal, das im unregelmässigen Dienst oder unter erschwerten Bedingungen arbeitet, wie sie im Bereich der PTT seit Juli 1984 in Genf und Zürich ausgerichtet wird.

Mit der Ausrichtung einer Sonderzulage an die Bundesbediensteten in Genf und Zürich sei bei den Gehältern im Vergleich mit Bern und anderen Dienstorten eine Differenz entstanden, die sich weder mit den Lebenskosten noch mit der Personalsituation begründen liessen, betonte Platzunion-Präsident Ernst Neuenschwander vor der Presse. „Der Zürcher Kollege verdient seit Januar 1989 4'067 Franken mehr als der Berner.“ Wirtschaftsfachmann Richard Schwertfeger habe gesagt, dass sich damit der Zürcher jedes Jahr die Ferien bezahlen könne.

„Um diese krasse Ungerechtigkeit zu beseitigen wird der Bundesrat ersucht, auch den Bundesbediensteten mit Dienstort Bern einen zusätzlichen Betrag zum Ortszuschlag (bis 2'000 Franken) im Jahr auszurichten und auch die sog. Zentrenlösung anzuwenden. (Die Zentrenregelung umfasst den unregelmässigen Dienst inklusive fünf Ruhetage und dient zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.)

Von unhaltbaren Arbeitsbedingungen wusste Franz Adam, Sektionspräsident Sektion Bern Bahnpersonal, ein Lied zu singen. Die Nerven der gut 1000 uniformierten Beamten auf der Schanzenpost, Drehscheibe im Kreis Bern seien in den letzten Jahren erheblich strapaziert worden. Unzählige Abgänge sprächen eine deutliche Sprache. Überzeiten könnten nicht mehr eingezogen werden, viele sähen sich gezwungen, sich auszahlen zu lassen wegen mangelndem Personal. „Nacht-, Sonntags- und Frühdienst ist bei den jüngeren Kollegen nicht mehr gefragt, sie bevorzugen das Land oder drehen der PTT den Rücken zu“, bedauerte Adam. Bis zu 60 Prozent der Stellen seien mit Aushilfen abgedeckt, durch ihren unregelmässigen Einsatz seien die Beamten die Leidtragenden. Seit der Protestversammlung der Bernersektionen der PTT-Personalverbände vom letzten November mit 500 Teilnehmern habe sich nichts verändert, die Situation habe sich eher verschlechtert. Adam machte klar, dass man nicht nur um Geld kämpfe, im Vordergrund stünden die fünf Ruhetage wie in Genf und Zürich. Er appelliere an alle Instanzen, insbesondere an den Bundesrat, die Forderungen zu prüfen. „Nur mit einer Verbesserung der Situation kann die Abwanderung gestoppt werden.“

Scharfe Kritik übte die Platzunion an den Richtlinien vom Dezember 1988 des eidg. Finanzdepartements. Die Bewertung des Lohnniveaus gehe in Richtung regionaler Löhne, beim Hilfs- und Lernpersonal werde nur von Kreispostdirektionen gesprochen. „Glaubt das EFD, dass es ausser den Kreispostdirektionen kein Hilfs- und Lernpersonal gibt?“, fragte Neuenschwander und endete mit aufgebracht Stimme: „Die Luft ist draussen!“.

Berner Tagwacht, 15.4.1989.

PTT-Union > Protestversammlung Bern. TW, 1989-04-15